

Konfrontation als Showdown - In Nepal stehen die Zeichen auf Sturm

Von Thomas Döhne

In Nepal stehen die Zeichen seit Jahresanfang erneut auf Sturm. Noch ist nicht absehbar, wie das krisengeschüttelte Land die kommenden Wochen überstehen wird und welche politischen Verschiebungen sich möglicherweise ergeben. Derzeit deutet alles darauf hin, dass das königsgeführte Regime seinen Konfrontationskurs fortsetzen wird. Gleichzeitig wächst die Entschlossenheit auf Seiten der oppositionellen Sieben-Parteien-Allianz und zivilgesellschaftlicher Gruppen, dem autokratischen Machtanspruch König Gyanendras Einhalt zu gebieten.

Eine starke Bewegung zur Wiederherstellung von Frieden und Demokratie in Nepal hat sich formiert und gewinnt trotz harter staatlicher Repression an Fahrt. Diese Massenbewegung wird nicht allein von den städtischen Bildungseliten getragen. Sie findet mehr und mehr Rückhalt bei der kriegsmüden ländlichen Bevölkerung, denn sie ist sowohl gegen das autoritäre Königsregime als auch gegen den auf Waffengewalt begründeten totalitären Führungsanspruch der Maoisten gerichtet.

Bündnis zwischen Maoisten und Parteien

Die Maoisten hatten Anfang September 2005 eine einseitige Waffenruhe erklärt und bald darauf im November 2005 ein zwölf Punkte umfassendes Abkommen mit dem oppositionellen Parteienbündnis geschlossen, das eine „nationale Bewegung des demokratischen Protests“, die Beseitigung des autoritären Königsregimes und ein Bekenntnis auch der Maoisten zur Mehrparteiendemokratie enthält. Diese für viele überraschende Annäherung zwischen dem regierungskritischen Parteienbündnis und den Maoi-

sten deutet zum einen auf eine gewachsene Bereitschaft des Führungspersonals der *Communist Party Nepal (M)* hin, durch eine Abkehr von der Gewalt den Weg für eine „sichere Landung“ und die Rückkehr in den politischen Mainstream vorzubereiten. Sie wurde nicht zuletzt durch die harte Haltung der königsgeführten Regierung gefördert, die zu keinem Zeitpunkt Bereitschaft erkennen ließ, die Sieben-Parteien-Allianz als politischen Akteur und Verhandlungspartner ernst zu nehmen, obwohl das Oppositionsbündnis 90 Prozent der Wählerschaft bei den letzten Parlamentswahlen repräsentiert. Vielmehr war es die fortgesetzte Demütigung der politischen Parteien und ihres Führungspersonals sowie wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteure, Medienvertreter, Menschenrechtler und anderer demokratisch gesinnter Menschen, deren politische Verfolgung und Inhaftierung das Fass zum Überlaufen brachte und eine radikale Abkehr von der absoluten Königsherrschaft nach sich zog.

Isolierter König

Auch wenn das gegenseitige Misstrauen nach wie vor groß ist und der inzwischen

fast zehn Jahre andauernde Konflikt tiefe Wunden geschlagen hat, wurden die von den Maoisten erklärte Waffenruhe, die Annäherung zwischen den Parteien und das Zwölf-Punkte-Abkommen von nationalen und internationalen Beobachtern als ein erster Schritt in Richtung auf eine politische Lösung des Konflikts angesehen. Das vom König geführte Regime hingegen hat sich seine zunehmende politische Isolierung weitgehend selbst zuzuschreiben. Weder hatte das Regime die über vier Monate andauernde Waffenruhe erwidert, noch in dieser Zeit jegliche Bereitschaft erkennen lassen, sich wenigstens mit den demokratischen Parteien und führenden Vertretern der Zivilgesellschaft über ein gemeinsames Vorgehen zur Lösung der anhaltenden Staatskrise zu verständigen.

Neue Gewalt

Am 2. Januar 2006 wurde die einseitig erklärte Waffenruhe von der CPN(M)-Führung beendet. Rebellenführer Prachanda begründete diese Entscheidung seiner Partei mit groß angelegten Militäroperationen der königlich-nepalischen Armee (RNA) in Westnepal sowie mit der

„Tötung Dutzender unbewaffneter Kader nach ihrer Gefangennahme in den Distrikten Palpa und Morang“. Zugleich kündigte er an, seine Partei werde von nun an ihre militärischen Aktionen auch auf die städtischen Zentren ausdehnen. Damit ist die Hoffnung auf eine baldige Wiederaufnahme von Friedensgesprächen und eine politische Lösung des seit fast zehn Jahren anhaltenden bewaffneten Konflikts vorerst wieder vom Tisch. In den letzten Wochen ist es in verschiedenen Landesteilen erneut zu militärischen Angriffen und schweren Gefechten zwischen maoistischen Kämpfern und Regierungstruppen gekommen, bei denen es jeweils Dutzende Tote und zahlreiche Verletzte gab. Allein in Westnepal wurden z.B. die regionalen Verwaltungszentren Nepalgunj, Dhangadi und Tansen in kurzer Abfolge angegriffen. Bei Überfällen der Maoisten auf Polizeistationen in zwei Vororten von Kathmandu waren Mitte Januar zwölf Polizisten getötet worden.

Ausgangssperre gegen Demonstranten

Gleichzeitig haben sich die Spannungen zwischen Regierung und der oppositionellen Sieben-Parteien-Allianz weiter verschärft. Im Vorfeld einer am 20. Januar geplanten Großdemonstration zur Wiederherstellung der Demokratie, zu der mehr als 500.000 Menschen erwartet wurden, verhängte die Regierung ein Demonstrationsverbot und ließ am 19. Januar weit über 100 Oppositionspolitiker und Menschenrechtsaktivisten festnehmen. Sämtliche Telefonverbindungen nach Nepal wurden unterbrochen. Tags darauf wurde über ganz Kathmandu eine Ausgangssperre verhängt. Dies geschah vorgeblich, um einer Infiltration maoistischer Kämpfer vorbeugen, diente jedoch primär dazu, die regierungskritische Demonstration selbst zu verhindern. Tausende schwer bewaffneter Soldaten patrouillierten an diesem Tag in den Straßen der Stadt. Trotz massiven Eingreifens der Sicherheitskräfte demonstrierten in den folgenden Tagen Tausende in Kathmandu und anderen Orten des Landes gegen die Regierung und für die Wiederherstellung der Demokratie. Erneut kam es dabei vielerorts zu Massen-

verhaftungen. Die vereinte Opposition will sich von diesen Maßnahmen nicht einschüchtern lassen. Sie protestiert weiter gegen die Machtfülle des Königs und hält unverdrossen an ihrer Forderung nach Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen fest.

Schicksalsmonat Februar?

Der Monat Februar hat in der modernen Geschichte Nepals einen hohen Symbolgehalt. Am 18. Februar 1990, dem offiziellen „Tag der Demokratie“, begannen die ersten großen Demonstrationen der so genannten Frühlingsrevolution von 1990 gegen das autoritäre *Panchayat*-Regime, die sieben Wochen später zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Nepal führte. Auch in diesem Jahr könnte sich der Februar als „schicksalsträchtig“ für das Land erweisen. Neben dem „Tag der Demokratie“, der diesmal auf den 19. Februar fällt, besitzen drei weitere Daten hohen Symbolwert:

1. Februar 2006: Erster Jahrestag der königlichen Machtergreifung

Inzwischen ist offensichtlich geworden, dass dieser „Staatsstreich von oben“ weder zur Beendigung des bewaffneten Konflikts mit den Maoisten, noch zu einer Übereinkunft mit den politischen Kräften im Land geführt hat, die zu einer Lösung des Konflikts beitragen könnte. Der königliche Coup hat vielmehr die Gefahr einer zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft heraufbeschworen, und ist mit einem massiven Abbau demokratischer Grundrechte und fortgesetzter Missachtung von Menschenrechten im Namen der effektiven Terrorismusbekämpfung verbunden. Dennoch lässt die Regierung kein Einlenken erkennen, und König Gyanendra hat in seiner Ansprache an die Nation vom 1. Februar 2006 bereits seinen Willen bekräftigt, den von ihm mit Hilfe der Armee eingeschlagenen autokratischen Kurs zum Wohle der Nation fortzusetzen.

8. Februar 2006: Kommunalwahlen

Am 8. Februar fanden auf Beschluss des von König Gyanendra geführten Ministerrats in den Stadtbezirken Kommunalwahlen statt. Die in einer Sieben-Par-

teien-Allianz zusammengeschlossenen wichtigsten politischen Parteien sehen darin den Versuch, der autokratischen Regierung eine pseudo-demokratische Scheinlegitimation zu verschaffen, und hatten bereits zum Boykott der Wahlen aufgerufen. Auch die maoistische CPN(M) hatte die Verhinderung beziehungsweise gewaltsame Störung der Wahlen mit mehreren Anschlägen bekräftigt.

Der 13. Februar 2006: zehnter Jahrestag des maoistischen Aufstands

Die Maoisten hatten im Umfeld der Wahlen einen siebentägigen Generalstreik ausgerufen. Gemäß ihrer Ankündigung, von nun an „dem Feind auf die Schulter zu klettern und den Kopf zu schlagen“ haben sie inzwischen damit begonnen, verstärkt politische und militärische Ziele in den städtischen Zentren anzugreifen. Am 13. Februar jährte sich der Beginn ihres Aufstands zum zehnten Mal. Bei den Führungskadern scheint sich die Erkenntnis mehr und mehr durchzusetzen, dass auch für sie dieser Krieg militärisch nicht zu gewinnen ist. Während sie den militärischen Druck aufrecht erhalten, haben ihre beiden Chefideologen Dahal und Bhattarai in Interviews mit nepalischen Medien mehrfach ihre Bereitschaft zur Abkehr von der Gewalt und zu einer konstruktiven Beteiligung an Friedensbemühungen bekundet und sind weitgehend von ihren früheren Maximalforderungen abgerückt. Sie fordern Friedensgespräche unter internationaler Beteiligung, die Einrichtung einer verfassungsgebenden Versammlung sowie Wahlen, in denen die weitere Zukunft des Landes entschieden werden soll. Da diese Forderungen zunehmend auf internationale Zustimmung stoßen, ist es nun an der Regierung, einen ernsthaften Versuch zu unternehmen, mit den demokratischen Kräften im Land in einen konstruktiven Dialog einzutreten. Ziel eines solchen Dialogs wäre es, endlich zu demokratischen Verhältnissen zurückzukehren, in denen sich die Menschen politisch repräsentiert fühlen. ☐